

Pressekonferenz am 27.11.2020, 10:00 Uhr, Stuttgart

Vorstellung der forsa-Repräsentativbefragung: „Corona aus Sicht der Schulleiterinnen und Schulleiter“

Durchgeführt im Auftrag des VBE Baden-Württemberg

Sprechzettel Gerhard Brand

Landesvorsitzender

VBE Baden-Württemberg

Stellvertretender Bundesvorsitzender

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir Lehrkräfte und Schulleitungen befinden uns in der Corona-Krise im Grunde genommen in einer sicheren Stellung: Weder müssen wir Kurzarbeit fahren, noch müssen wir fürchten, unseren Job zu verlieren. Im Gegenteil, unsere Arbeitsplätze sind äußerst krisensicher! Und doch: Das zentrale Ergebnis der heutigen Präsentation lautet, dass die Berufszufriedenheit an den Schulen in den letzten Monaten massiv zusammengebrochen ist.

Wir haben forsa damit beauftragt, die Corona-Krise aus Sicht der Schulen zu untersuchen. 785 Schulleiterinnen und Schulleiter haben bundesweit an der Studie teilgenommen, 270 davon aus Baden-Württemberg. Ich werde Ihnen heute die für Baden-Württemberg repräsentativen Landesergebnisse vorstellen, die sich aber im Großen und Ganzen mit den Bundesergebnissen decken. Wir haben Schulleitungen befragt, weil sie im Unterschied zu den Lehrkräften einen noch etwas größeren Blickwinkel haben und die Gesamtsituation ihrer Schule am besten einschätzen können. Es ist nach 2018, 2019 und März 2020 bereits unsere vierte Schulleiter-Umfrage. Die aktuelle Studie wurde vom 13. Oktober bis 11. November durchgeführt.

Wir können damit sehr deutlich die Entwicklung der Berufszufriedenheit im Zeitvergleich und die Auswirkung der Pandemie aufzeigen.

Die größten Probleme durch Corona

Wir haben die Schulleitungen zunächst offen und ohne Vorgaben abgefragt, die größten Probleme ihrer Schule aufgrund der Corona-Situation zu benennen. Am häufigsten hat rund die Hälfte aller Schulen mit **mangelhafter Digitalisierung**, konkret mit fehlenden Endgeräten und Problemen im Zusammenhang mit dem Online-Unterricht zu kämpfen. Baden-Württemberg schneidet hier etwas schlechter ab als der Bundesdurchschnitt. Zwar wurden in den letzten Monaten verschiedene Ausstattungsprogramme aufgelegt, die mittlerweile auch genutzt werden und erste Auslieferungen von digitalen Endgeräten ermöglichen. Der Quantensprung ist bisher allerdings ausgeblieben. Wenn wir also von „Hybridunterricht“ sprechen, ist Teil der Wahrheit, dass die Schulen dies flächendeckend nach wie vor nicht umsetzen können. Wir werden dieses Ergebnis nachher, wenn es um die Ausstattung der Schulen geht, noch weiter konkretisieren können.

Am zweithäufigsten bemängelt sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene jede dritte Schulleitung **fehlendes Personal**. Der Lehremangel war vor der Pandemie das alles beherrschende Thema. Diesen Titel hat ihm inzwischen die Digitalisierung abgelassen. Trotzdem kommt es während der Pandemie zu zusätzlichen Personalproblemen: Drei Prozent aller Lehrkräfte können nach Angaben des Ministeriums aufgrund einer ärztlichen Bescheinigung oder einer Schwangerschaft aktuell nicht am Präsenzunterricht teilnehmen. Weitere Lehrkräfte fallen aus, weil sie aufgrund von Infektionsfällen in Quarantäne müssen. In der Krisen-Situation zeigt sich mehr denn je, wie wichtig es für die Schulen wäre, auf eine verlässliche Krankheitsreserve zurückgreifen zu können. Mittel- bis langfristig führt kein Weg daran vorbei, eine Lehrerversorgung von 110% anzustreben und die Krankheitsreserve deutlich aufzubauen. Hier muss das Land dringend nachlegen.

Auf Platz drei der aktuell größten Probleme folgen Corona-bedingte Herausforderungen wie die **Umsetzung der Hygienemaßnahmen**, die erhöhte **Arbeitsbelastung**, die **Organisation des Schulbetriebs**, die **Informationsübermittlung** und für immerhin 12 % der Schulleitungen auch die

fehlende Einsicht der Eltern. Das ohnehin schon hohe Aufgabenportfolio ist in den letzten Monaten geradezu explodiert und für die Schulen kaum noch zu bewältigen. Die Schulleitungen kämpfen dabei nicht nur mit der technischen Umsetzung der Hygienemaßnahmen, sondern zunehmend auch mit Eltern, die keinerlei Einsicht in diese Maßnahmen zeigen. Aus dem Lager der Maskengegner befreien Eltern immer öfter ihre Kinder vom Präsenzunterricht, weil sie gegen die Maskenpflicht an Schulen sind. Für die Schulen entsteht hierdurch eine doppelte Belastung: Zum einen müssen sich Schulleitungen und Lehrkräfte vor aufgebrachten Eltern rechtfertigen, obwohl sie nur die Verordnungen des Landes umsetzen. Zum anderen müssen die Lehrkräfte neben dem Präsenzunterricht am Vormittag immer öfters noch am Nachmittag den Digitalunterricht für die zuhause bleibenden Kinder leisten. Das Land sollte vor diesem Hintergrund die Aufhebung der Schulpflicht für den Präsenzunterricht nochmals schärfen.

Berufszufriedenheit, Arbeitsbelastung

Damit kommen wir zur Berufszufriedenheit der Schulleitungen. Ich hatte zu Beginn bereits angeführt, dass es hier zu einem massiven Zusammenbruch gekommen ist. Sagten in den vergangenen Umfragen (2018, 2019, März 2020) jeweils ein Großteil von über 90% der Schulleitungen, ihren Beruf gerne oder sehr gerne auszuüben, sind es nun nur noch 62%. Dagegen vervierfacht sich die Zahl der unzufriedenen Schulleitungen und steigt von neun Prozent auf nun 37% an.

Eine so krasse Verschlechterung von Abfragewerten hat es in unseren Umfragen noch nicht gegeben. Es ist offenkundig, dass die Corona-Krise die Schulen vor gewaltige Herausforderungen stellt. Die Schulleitungen mussten dieses Jahr sage und schreibe vier komplett unterschiedliche Schulsysteme organisieren: Den Normalbetrieb vor Corona, die Schulschließungen mit der Umstellung auf den Fernunterricht, dann das rollierende System mit dem Wechsel zwischen Präsenz- und Fernlernphasen und schließlich den sogenannten Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen mit sich ständig ändernden Regelungen. Hinzu kamen diverse weitere neue Schulmodi wie Notbetreuung, Notfallpräsenzlernen oder Lernbrücken. Für die Schulleitungen bedeutet dies den maximalen Stresslevel. Unsere Daten zeigen sehr deutlich, dass die damit einhergehende Aufgabenfülle immer seltener leistbar ist.

So sinkt die Zahl der Schulleitungen, die ihre beruflichen Aufgaben immer oder häufig erfüllen können von 84% (im Jahr 2018) auf nun 61%. Gleichzeitig steigt die Zahl der Befragten, die ihre Aufgaben nur noch gelegentlich erfüllen kann von 16% auf 38%. Weiterhin gibt nur fünf Prozent der Schulleitungen an, mindestens 90 Prozent der Aufgaben innerhalb der zugewiesenen Leitungszeit erledigen zu können. Dagegen sagt die Hälfte aller Schulleitungen, dass sie höchstens 60 Prozent der Aufgaben in der Leitungszeit leisten kann.

Die Zahlen könnten deutlicher kaum sein. Die Schulleiterinnen und Schulleiter benötigen dringend Entlastung und mehr Zeit zur Erfüllung ihrer Aufgaben. Genau diese Entlastung würde die zweite Stufe des seit langem geplanten Konzepts zur Stärkung der Schulleitungen bringen. Die jüngst erfolgte Ankündigung des Ministeriums das Konzept nun frühestens im Schuljahr 2022/2023 umzusetzen, wirkt da für alle Schulleitungen vollkommen unverständlich. Es verwundert dann auch nicht, dass sich in unserer Umfrage nur 3% der Schulleitungen von der Politik unterstützt fühlt. Einen deutlicheren Hilfeschrei an die Landesregierung endlich für Entlastung sorgen, kann es kaum geben. Den Hinweis des Ministeriums, dass sich das geplante Schulleiterkonzept aufgrund von Verfahrensabläufe verschiebt, lassen wir an dieser Stelle nicht gelten – die Erfahrung zeigt uns: Wenn die politisch Verantwortlichen etwas wirklich wollen, dann lässt es sich auch schnell umsetzen. Der VBE fordert klar, die zweite Stufe des Schulleiterkonzepts sofort umzusetzen.

Ausstattung der Schulen, Digitalpakt

Neben der Abfrage der größten Probleme und der Berufszufriedenheit haben wir die Schulleitungen auch zur aktuellen Ausstattung ihrer Schulen sowie zur Ausstattung der Schulen vor Beginn der Corona-Pandemie befragt. Die Ergebnisse sind hier auf Bundes- und Landesebene fast identisch. Die deutlichste Veränderung zeigt sich beim Digitalpakt: Erhielt vor Corona nur ein Drittel der Schulen Mittel aus dem Digitalpakt, sind es jetzt immerhin zwei Drittel der Schulen.

Trotzdem gibt es momentan nur:

- an 4 % der Schulen Endgeräte für alle Schülerinnen und Schüler,
- an 16 % der Schulen Endgeräte für alle Lehrkräfte,

- an 12 % eine hinreichende Vorbereitung der Lehrkräfte auf den Einsatz digitaler Medien durch Fortbildungen,
- an vier von zehn Schulen in allen Räumen WLAN und
- an vier von zehn Schulen einen Anschluss an das Breitbandnetz.

Unterm Strich ist die digitale Ausstattung der Schulen damit noch immer katastrophal. Die Gelder aus dem Digitalpakt fließen zwar, aber an der faktischen Ausstattung der Schulen hat sich bislang kaum was getan. Statt eines echten Digitalschubs hat es eher einen kleinen Digitalschubser gegeben.

Die wahrscheinlich erfreulichste Kennzahl des heutigen Tages ist, dass wenigstens ein Großteil der Schulen mit intakten Sanitäreinrichtungen ausgestattet ist: An acht von zehn Schulen ist dies der Fall. Auf der anderen Seite gibt es auch hier kaum eine Verbesserung im Vergleich zu der Zeit vor Corona. Man kann die Zahlen auch so lesen, dass es trotz Corona an jeder fünften Schule in Baden-Württemberg immer noch keine intakten Sanitäreinrichtungen gibt. Um die strengen Hygienevorschriften des Landes in der Pandemiezeit umsetzen zu können, wären funktionierende Sanitäreinrichtungen jedoch an allen Schulen eine Mindestforderung.

Prioritäten für das Fortbildungsangebot

Wir haben gesehen, dass die Schulen in der Corona-Krise vor enormen Herausforderungen stehen, die sich momentan vor allem durch die Digitalisierung ergeben. Aber auch andere Bereiche wie z. B. Inklusion und Integration müssen weiterhin bewältigt werden. Um diesen Aufgaben gerecht werden zu können, ist es entscheidend, dass die Lehrkräfte entsprechend fortgebildet werden und es insgesamt ein funktionierendes Fortbildungsangebot gibt. Wir haben die Schulleitungen deshalb gefragt, welche Aspekte ihnen beim Fortbildungsangebot für Lehrkräfte besonders wichtig sind.

Am häufigsten nennen neun von zehn Schulleitungen mehr Kooperationszeit für die Lehrkräfte, um sich im Team austauschen zu können. Außerdem fordern acht von zehn Schulleitungen, dass die Lehrkräfte trotz des Personalmangels an Fortbildungen teilnehmen können. Weiterhin bestehen jeweils sechs von zehn Schulleitungen darauf, dass es feste Zeitfenster für Fortbildungen gibt und dass sich

das Fortbildungsangebot stärker an den tatsächlichen Herausforderungen orientiert. Wir haben vorhin darauf hingewiesen, dass nur eine Minderheit der Lehrkräfte für die Digitalisierung fortgebildet ist. In anderen Bereichen wie der Inklusion ergeben sich ähnlich schlechte Werte. In Baden-Württemberg ist das ZSL für das Fortbildungsangebot der Lehrkräfte zuständig. Es muss endlich in die Gänge kommen und adäquate Fortbildungen anbieten. Das Kultusministerium hat zudem dafür sorgen, dass die Lehrkräfte auch ausreichend Zeit haben, um sich für die vielfältigen Aufgabenstellungen angemessen fortbilden zu können.

Fazit und Bewertung der Schulpolitik

Wir kommen zum Fazit der heutigen Präsentation. Die Schulleitungen kämpfen in der Corona-Krise wie noch nie zuvor mit der Organisation des Schulbetriebs. Größte Probleme bereiten ihnen die mangelhafte Digitalisierung, die aufwendige Umsetzung der Hygienemaßnahmen und der weiter zunehmende Personalmangel. Unter diesen Umständen können die Schulleitungen immer seltener ihre Aufgaben zur eigenen Zufriedenheit und in der zugewiesenen Leitungszeit erfüllen. In der Folge bricht die bis vor kurzem noch sehr hohe Berufszufriedenheit drastisch ein. Durch die Politik fühlt sich dabei fast keine der abgefragten Schulleitungen unterstützt. Die Schulpolitik wird entsprechend mit der Note 3,9 bewertet. Keine gute Note, aber immerhin keine Verschlechterung im Vergleich zu unserer letzten Umfrage. Die Ministerin ist die Entlastung der Schulleiterinnen und Schulleiter mit dem Schulleiterkonzept offensiv angegangen. Nun muss sie dafür Sorge tragen, dass es auch umgesetzt wird.

Der VBE fordert:

- Die sofortige Umsetzung der zweiten Stufe des Konzepts zur Stärkung und Entlastung von Schulleitungen. Dazu gehören vor allem die Erhöhung der Schulleitungsfreistellung und die Rücknahme der Kürzung des Allgemeinen Entlastungskontingents.
- Die Ausstattung der Schulen mit multiprofessionellen Teams zur Entlastung der Schulleitungen und Lehrkräfte.
- Die Umsetzung des Digitalpakts muss weiter forciert werden. Die zusätzlichen finanziellen Mittel bringen nichts, wenn an den Schulen nicht ausreichend Endgeräte ankommen und die Mehrheit der Schulen nicht ans schnelle Internet angeschlossen ist.

- Der Gesundheitsschutz der Schulleitungen, Lehrkräfte und Schülerschaft muss oberste Priorität haben. Die Schulen müssen bei der Umsetzung der Infektionsschutzmaßnahmen noch stärker unterstützt werden. Land und Kommunen haben alle Schulen so auszustatten, dass die Hygieneregeln eingehalten werden können. Intakte Sanitärbereiche sind dabei für alle Schulen eine absolute Mindestanforderung.
- Der Lehrkräftemangel ist nachhaltig anzugehen. Der VBE hat in den letzten Jahren bereits ein umfassendes Konzept mit kurz- und mittelfristigen Maßnahmen aufgestellt. Es umfasst die weitere Erhöhung der Studienplatzkapazitäten, eine bessere Begleitung in Studium und Referendariat, bessere Rahmen- und Arbeitsbedingungen insbesondere an den Grundschulen sowie einen deutlichen Ausbau der Krankheitsreserve.